

Beilage 2/1

Antrag
gemäß § 27 Abs. 3 GOG

der Abgeordneten Carina Reiter, Julia Elisabeth Herr, Michael Bernhard, Harald Schuh
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Anti-Atom-Kurs Österreichs konsequent weiterführen

eingebraucht im Zusammenhang mit TOP 2 Antrag der Abgeordneten Mag. Lukas Hammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Anti-Atom-Kurs Österreichs konsequent weiterführen (816/A(E))

BEGRÜNDUNG

Am 26. April 2026 jährt sich die nukleare Katastrophe von Tschernobyl zum 40. Mal. Die Ereignisse von damals zeigen bis heute das inakzeptable Risiko, das die Kernenergie für Mensch und Umwelt bedeutet. Mehr als 30 Todesfälle stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Katastrophe, hunderttausende Menschen mussten ihre Heimat verlassen, ein 30-Kilometer-Sperrgebiet besteht bis heute.

Die Ereignisse hinterließen tiefe Spuren im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung und stärkten die ablehnende Haltung zur Kernenergie, die bereits mit der Volksabstimmung zu Zwentendorf 1978 zum Ausdruck kam. 1999 wurde mit dem einstimmigen Beschluss des Nationalrates zum Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich der parteiübergreifende Konsens für den Anti-Atom-Kurs Österreichs bekräftigt.

Auch spätere Ereignisse wie die Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 haben gezeigt, dass schwere Unfälle trotz technischer Verbesserungen nicht ausgeschlossen werden können. Auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt drastisch vor Augen, welches Gefahrenpotential Kernkraftwerke in bewaffneten Konflikten darstellen. Das sicherste Kernkraftwerk ist daher immer noch jenes, das gar nicht erst gebaut wird. Gedenktage wie jener an Tschernobyl erinnern daran, diese Realität nicht zu verdrängen.

Trotzdem wird von verschiedenen Seiten versucht, Atomkraft als Lösung für Energiekrisen und als Beitrag zum Klimaschutz darzustellen. Einige Staaten planen einen zunehmenden Ausbau der Kernenergie und auch auf EU-Ebene setzen sich einzelne Länder seit Jahren dafür ein, Atomenergie als nachhaltige Technologie einzustufen und Finanzmittel in diesen Sektor zu lenken. Auch die jüngsten Aussagen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, in der die Abkehr von der Atomkraft als strategischer Fehler bezeichnet wird, sind ein problematisches Signal.

Atomkraft ist vor allem eines: teuer. Die Stromgestehungskosten pro produzierter Megawattstunde von neuen Atomkraftwerken sind mittlerweile drei Mal so hoch wie bei neuen Windparks oder PV-Anlagen. Staaten wurden deshalb vor die Herausforderung gestellt, Subventionen für den teureren Atomstrom zur Verfügung zu stellen. Das zeigt sich beispielsweise in Frankreich, wo der Preis des als „günstig“ propagierten Atomstroms künstlich gedrückt ist und die Stromtarife nur durch

staatliche Subventionen niedrig gehalten werden. Während bei Erneuerbaren die Kosten in den letzten Jahren stark gefallen sind, wird Atomkraft trotz jahrzehntelanger Milliardenunterstützung mit Steuergeld für Forschung und Entwicklung immer teurer. Neubauprojekte in Europa zeigen zudem immer wieder, dass sich die Kosten während der Bauphase vervielfachen können, wie etwa beim Bau des größten europäischen Reaktors in Finnland. Die Kosten stiegen von ursprünglich knapp vier Milliarden US-Dollar auf über zwölf Milliarden. Zudem ging das Kraftwerk erst 2023 ans Netz, also nach 17 Jahren Bauzeit. Weitere Beispiele wie z.B. Flamanville-3 in Frankreich oder Hinkley Point C in Großbritannien haben sich als finanzielle Bürden herausgestellt.

Hinzu kommt, dass sich europäische Staaten durch die Nutzung der Atomenergie stark von nicht Europäischer Technologie abhängig machen – neben den USA ist das vor allem Russland wie im Fall von Paks II. Die Abhängigkeit beginnt bereits beim Uranabbau, der Urananreicherung bis hin zu Brennelementen, wo die europäische Abhängigkeit am größten ist. Weltweit ist vor allem Rosatom das Unternehmen mit dem größten Neubauportfolio. Gezielt wird die Atomenergienutzung als geopolitische Waffe eingesetzt, Abhängigkeiten geschaffen und dadurch das Drohpotenzial Russlands erhöht.

Aufgrund historischer Erfahrungen, klarer rechtlicher Verankerung und den genannten Risiken auf mehreren Ebenen bekennt sich Österreich weiterhin eindeutig zur Ablehnung der Atomenergie in Form eines breiten politischen Konsenses. Gerade auch die aktuelle geopolitische Lage zeigt, dass die Zukunft in sicheren, klimafreundlichen und heimischen erneuerbaren Energien liegt. Sie sind nicht nur die zentrale Antwort auf die Klimakrise, sondern stärken auch unsere Unabhängigkeit von geopolitischen Krisen und autoritären Regimen – ohne radioaktive Altlasten und ohne unkalkulierbare Risiken.

Österreich muss daher weiterhin eine starke und klare Stimme gegen Atomenergie sein, gegenüber seinen Nachbarn ebenso wie innerhalb der Europäischen Union.

Der Umweltausschuss wolle beschließen:

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, sich auf den ihr verfügbaren Ebenen weiterhin für eine konsequente Anti-Atompolitik einzusetzen, insbesondere indem sie:

- sich mit den ihr zur Verfügung stehenden politischen und diplomatischen Mitteln auf EU- und bilateraler Ebene gegen den Bau weiterer AKWs einsetzt;
- sich gegen die Pläne der EU-Kommission einsetzt, AKW-Neubauten, über den EU-Haushalt zu finanzieren;

- aktiv für höchste Sicherheitsstandards eintritt, gegen die immer offener vorgetragenen Pläne vorgeht, die Bedingungen für AKW-Neubauten noch weiter zu verbessern;
- bezugnehmend auf die Entscheidung des EuGH im Beihilfeverfahren zu Paks II rechtliche Schritte in Bezug auf potenziell genehmigte Beihilfen für den Bau von Atomkraftwerken in anderen EU-Mitgliedsstaaten prüft;
- gemeinsam mit Regierungen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten proaktiv für den Ausbau Erneuerbarer Energien eintritt.“

Amte
(Böcker)

Jul
(CHERR)

Ulrich
(Bernhard)

Ulrich

